

TERMINE

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Gesetz für ein Zukunftsprogramm Krankenhäuser

(Krankenhauszukunftsgesetz – KHZG)

- zustimmungsfrei -

- Umsetzung des Konjunkturpaketes (Juni 2020) zur besseren investiven Ausstattung der Krankenhäuser
 - Einrichtung eines Krankenhauszukunftsfonds, Finanzierung: 3 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt (Liquiditätsreserve) plus bis zu 1,3 Mrd. Euro zahlbar von den Ländern oder Krankenhausträgern
 - Förderschwerpunkte: Anpassung der technischen und informationstechnischen Ausstattung der Notaufnahmen, Ausbau digitaler Infrastruktur zur besseren internen und sektorenübergreifenden Versorgung, IT-Sicherheit (mindestens 15 Prozent der Fördersumme), gezielte Entwicklung und Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen
- Fortführung und Anpassung des Krankenhausstrukturfonds
- Regelungen zum Erlösausgleich für Krankenhäuser durch die Corona-Pandemie

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 09.10.2020	Abschluss Bundesrat
18.09.2020	2./3. Lesung Bundestag
14.09.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
10.09.2020	1. Lesung Bundestag
02.09.2020	Kabinettsbeschluss
06.08.2020	Referentenentwurf / Formulierungshilfen

Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege

(Versorgungsverbesserungsgesetz – GPVG)

- zustimmungsfrei -

- Umsetzung Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Zusatzbeiträge in der GKV zur Umsetzung der „Sozialgarantie 2021“
 - Einmalige Erhöhung des Bundeszuschusses um 5 Mrd. Euro in 2021 auf 19,5 Mrd. Euro
 - Leistungsgerechte Beteiligung der Reserven der Krankenkassen in Höhe von 8 Mrd. Euro – Finanzreserven, die 0,4 Monatsausgaben überschreiten, fließen zu 66,1 % in Gesundheitsfonds
 - Absenkung der Anhebungsverbotsgrenze und Rücklagenobergrenze für Zusatzbeiträge bei Finanzreserven von 1,0 auf 0,8 Monatsausgaben
 - Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes um 0,2 Beitragssatzpunkte
- Erweiterte Möglichkeiten für Selektivverträge, z. B. Förderung regionaler Versorgungsinnovationen und Möglichkeiten für Versorgungsverträge der Kassen auch mit Krankenhäusern, nichtärztlichen Leistungserbringern
- Hebammenstellen-Förderprogramm im stationären Bereich von 2021-2023
- Einbeziehung von Kinder- und Jugendmedizin in die pauschale Förderung (Sicherstellungszuschläge) für ländliche Krankenhäuser
- Bedarfsgerechte Personalausstattung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen
 - ≤ 20.000 Stellen für Pflegehilfskräfte werden aus sozialer Pflegeversicherung finanziert.

01.01.2021	Inkrafttreten
vsl. 26. oder 27.11.2020	Inkrafttreten der Finanzregelungen zur Stabilität der Gesetzlichen Krankenversicherung bereits mit 2./3. Lesung im Bundestag

vsl. 18.12.2020	2. Lesung Bundesrat
vsl. 26. oder 27.11.2020	2./3. Lesung Bundestag
16.11.2020	Anhörung Gesundheitsausschuss
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
29. oder 30.10.2020	1. Lesung Bundestag
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
06.08.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze (MTA-Reform-Gesetz)

- zustimmungspflichtig -

- Modernisierung der Ausbildungen zum Medizinisch-Technischen-Assistenten: Mehrausgaben für die GKV i. H. v. 21 Mio. Euro p. a., einmalig 3 Mio. Euro
- Abschaffung des Schulgelds für MTA
- Anerkennung von Berufsqualifikationen nach EG-Richtlinie (Anpassung an EU-Recht) für Gesundheitsberufe
- Rechtssicherheit für Notfallsanitäter in der Berufsausübung

01.03.2021	Inkrafttreten
04.11.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
25.08.2020	Verbändeanhörung BMG
31.07.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Einführung einer Identifikationsnummer in die öffentliche Verwaltung und zur Änderung weiterer Gesetze

(Registermodernisierungsgesetz – RegMoG)

- zustimmungspflichtig -

- Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- Einführung einer Identifikationsnummer für die öffentliche Verwaltung
- Einbezug der Versichertenverzeichnisse der Kranken- und Pflegekassen

23.09.2020	Kabinettsbeschluss
31.07.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen (Gesetz Digitale Rentenübersicht)

- zustimmungsfrei -

- Einführung einer digitalen Rentenübersicht als säulenübergreifende Renteninformation
- Modernisierung der Sozialversicherungswahlen durch:
 - Freistellungsanspruch für Ausüben des Ehrenamtes
 - Urlaubsanspruch von 5 Tagen/Kalenderjahr für Fortbildungsmaßnahmen
 - Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde
 - Listenverbindungen werden unzulässig
 - Absenkung Unterschriftenquorum

<ul style="list-style-type: none"> – Transparentes Listenaufstellungsverfahren – Einführung einer Geschlechterquote (40 %) – Regelmäßige Informationen über den Zweck der Sozialversicherungswahlen 	
26.08.2020	Kabinettsbeschluss
29.07.2020	Referentenentwurf

Gesetz zum Schutz elektronischer Patientendaten in der Telematikinfrastruktur (Patientendaten-Schutz-Gesetz – PDSG)

– zustimmungsfrei – besonders eilbedürftig

- Weiterentwicklung der elektronischen Patientenakte (ePA) in mehreren Ausbaustufen bis 2023
- Unterstützung der Versicherten bei der Führung ihrer ePA durch klar geregelte Ansprüche gegenüber Leistungserbringern und Krankenkassen
- Detailliertes Zugriffskonzept für Versicherte auf die ePA über geeignete Endgeräte ab 01.01.2022
- Vorgabe für Zugriffskonzept in Arztpraxen, Krankenhäusern und Apotheken für Versicherte ohne Endgerät
- Freiwillige Datenspende von Versicherten für die Forschung ab 2023
- Elektronische Verordnung verschreibungspflichtiger Arzneimitteln in der Telematikinfrastruktur (TI) verpflichtend ab 01.01.2022
- Weitere Vorgaben der TI u. a. für e-Rezept, Grünes Rezept, digitalen Überweisungsschein
- Sicherstellung semantischer Interoperabilität von medizinischen Daten
- Mehr Beratungsrechte der Kassen zu individuellen Versorgungsleistungen

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
18.09.2020	2. Durchgang Bundesrat
03.07.2020	2./3. Lesung Bundestag
27.05.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
15.05.2020	1. Durchgang Bundesrat
07.05.2020	1. Lesung Bundestag
01.04.2020	Kabinettsbeschluss
24.02.2020	Verbändeanhörung BMG
04.02.2020	Referentenentwurf

Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken

– zustimmungsfrei –

- Einheitliche Apothekenabgabepreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel
- Erhöhung der Apothekenvergütung

vsl. 27.11.2020	2. Durchgang Bundesrat
vsl. 29. oder 30.10.2020	2./3. Lesung Bundestag
16.09.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
11.09.2020	1. Lesung Bundestag
17.07.2019	Kabinettsbeschluss
23.05.2019	Verbändeanhörung BMG
08.04.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung

(Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz – GKV-IPReG)

- zustimmungsfrei -

- Zugang zu geriatrischer Rehabilitation nach vertragsärztlicher Verordnung ohne Überprüfung durch Krankenkassen
- Stärkung des Wahlrechts der Versicherten bei der Auswahl der Rehabilitationseinrichtung
- Entkoppelung der Vergütung in Rehabilitationseinrichtungen von der Grundlohnsumme
- Neuer Leistungsanspruch auf vollstationäre außerklinische Intensivpflege
- Ausweitung der qualitativen Anforderungen an die Leistungserbringer
- Vollständige Kostenübernahme der Krankenkassen für Intensivpflege in stationären Einrichtungen

18.09.2020	2. Durchgang Bundesrat
02.07.2020	2./3. Lesung Bundestag
17.06.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
27.05.2020	1. Lesung Bundestag
15.05.2020	1. Durchgang Bundesrat
12.02.2020	Kabinettsbeschluss
06.12.2019	Referentenentwurf: Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz – GKV-IPREG
11.09.2019	Verbändeanhörung BMG
13.08.2019	Referentenentwurf: Reha- und Intensivpflege-Stärkungsgesetz – RISG

Gesetz zur Reform der Notfallversorgung

- zustimmungsfrei -

- Einrichtung Gemeinsamer Notfallsysteme (GNL) – verbindliche Zusammenarbeit der Träger der Rettungsleitstellen (Rufnummer 112) und der Kassenärztlichen Vereinigungen (Rufnummer 116117)
- Schaffung Integrierter Notfallzentren (INZ) in ausgewählten Krankenhäusern, fachliche Leitung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen
- Eigenständiger Leistungsbereich für den medizinischen Rettungsdienst im SGB V
- Sicherstellungsauftrag für die vertragsärztliche und notdienstliche Versorgung (je nach Landesrecht mit Ausnahme des Rettungsdienstes) liegt bei den Kassenärztlichen Vereinigungen

17.02.2020	Verbändeanhörung BMG
08.01.2020	Referentenentwurf (nun zustimmungsfrei)
14.08.2019	Erörterung mit den Landesministerien
22.07.2019	Vorstellung durch den Minister
12.07.2019	Diskussionsentwurf (zustimmungspflichtig)

Gesetze / Verordnungen – Corona-Pandemie**Erste Verordnung zur Änderung der COVID-19-Versorgungsstrukturen-Schutzverordnung**

- Verlängerung Hygienepauschale für jede Heilmittelverordnung in Höhe von 1,50 Euro bis zum 31.12.2020
- Damit pauschale Abgeltung der Kosten für erhöhte Hygienemaßnahmen infolge der COVID-19-Pandemie, insbesondere für persönliche Schutzausrüstung der Leistungserbringer

22.09.2020

Referentenentwurf

SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung-Änderungsverordnung

- Befristete Vergütung der Botendienste wird bis zum 31.12.2020 verlängert – Vergütungshöhe ab dem 01.10.2020 von 5,00 auf 2,50 Euro halbiert

22.09.2020

Referentenentwurf

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

- Möglichkeit zur kostenlosen Testung für Einreisende aus Nicht-Risikogebieten wird zum 15.09.2020 beendet
- Kostenlose Testung bis zu zehn Tage nach Einreise nur für asymptomatische Personen, die innerhalb 14 Tagen vor Einreise Risikogebiet besucht haben

15.09.2020

Inkrafttreten

07.09.2020

Referentenentwurf

Verordnung zur Testpflicht von Einreisenden aus Risikogebieten

- Bei Einreise aus einem ausländischen Risikogebiet:
 - Pflicht zum Nachweis darüber, dass keine Infektion mit dem Coronavirus vorliegt
 - Innerhalb von 72 Stunden nach Rückkehr in Deutschland
 - Test möglich im Ausland (max. 48 Stunden vor Abreise), Sprachen: Englisch/Deutsch

08.08.2020

Inkrafttreten

04.08.2020

Referentenentwurf

Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

- Ausweitung der Testbestimmungen für asymptomatische Personen,
 - die in bestimmten Einrichtungen ambulant operiert werden sollen.
 - die in Rehabilitationseinrichtungen aufgenommen werden.
 - deren Pflege und Betreuung in stationären Einrichtungen aufgenommen wird.
 - die in einer der o.g. Einrichtungen tätig sind.
 - die sich außerhalb der BRD aufgehalten haben.
 - die sich in einem Risikogebiet aufgehalten haben.
- Kosten für die GKV: 50,50 Mio. Euro aus der Liquiditätsreserve
- Hinzu kommen ca. 15 Mio. Euro für „sonstige ärztliche Leistungen“

01.08.2020

Inkrafttreten

24.07.2020	Referentenentwurf
------------	-------------------

Verordnung zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung bei Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-COV-2

- Mit der Verordnung regelt das BMG rückwirkend ab dem 14.05.2020 Testungen auf eine Infektion mit dem Coronavirus bei symptomlosen Personen.
- Testungen werden vom Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) veranlasst; Kosten für die Laborleistungen der vom ÖGD angeordneten und durchgeführten Testungen trägt die GKV für GKV-Versicherte und für nicht GKV-Versicherte. Keine Kostenübernahme, wenn ein Anspruch gegenüber anderen Kostenträger besteht (z. B. im Rahmen ambulanter oder stationärer Krankenbehandlung gegenüber der Krankenkasse).
- Die Ausgaben werden aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds gezahlt und über das Bundesamt für soziale Sicherung (BAS) direkt an die Kassenärztlichen Vereinigungen ausbezahlt.
- Kosten für Testungen auf eine Coronavirus-Infektion bei Patienten im Rahmen einer Krankenhausbehandlung werden über ein Zusatzentgelt abgerechnet.
- Dies umfasst Patienten, die zur voll- oder teilstationären Krankenhausbehandlung in ein Krankenhaus aufgenommen werden sowie nach Aufnahme voll- oder teilstationär behandelt werden – unabhängig von einer Symptomatik.

Mit Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Bundestag, spätestens jedoch am 31.03.2021	Außerkräfttreten
14.05.2020	Inkräfttreten (Rückwirkendes Inkräfttreten, Veröffentlichung im Bundesanzeiger 09.06.2020)
27.05.2020	Referentenentwurf

Abgeschlossene Gesetzgebungsverfahren, mit späterem Inkräfttreten

Gesetz zur Weiterentwicklung des Berufsbildes der Ausbildung der pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und pharmazeutisch-technischen Assistenten (PTA-Reformgesetz) - zustimmungspflichtig -

- Aktualisierung und Neustrukturierung der Ausbildungsinhalte
- Neuregelungen in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung

01.01.2021	Inkräfttreten
20.12.2019	2. Durchgang Bundesrat
14.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
23.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
11.10.2019	1. Durchgang Bundesrat
28.08.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf

Gesetz zur Anpassung des Medizinprodukterechts an die Verordnung (EU) 2017/745 und die Verordnung (EU) 2017/746

(Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz – MPEUAnpG)

- zustimmungspflichtig - besonders eilbedürftig

- Überwachung von Medizinprodukten künftig auf Bundesebene durch BfArM und PEI
- Errichtung und Betrieb zentrales Medizinprodukteinformations- und Datenbanksystem durch DIMDI
- Einführung neuer Aufsichtsmittel und Schiedsverfahren in der Hilfsmittelversorgung
- Verschiebung des Inkrafttretens der nationalen Regelungen zur EU- Medizinprodukte-Verordnung aus dem Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz

26.05.2021	Inkrafttreten des Gesetzes
Am Tag nach Verkündung des Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	Inkrafttreten der Regelungen zu Schiedsverfahren im Hilfsmittelbereich
27.03.2020	2. Durchgang Bundesrat
05.03.2020	2./3. Lesung Bundestag
04.03.2020	Abschluss im Gesundheitsausschuss
15.01.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
20.12.2019	1. Durchgang Bundesrat
19.12.2019	1. Lesung Bundestag
06.11.2019	Kabinettsbeschluss
25.09.2019	Verbändeanhörung BMG
29.08.2019	Referentenentwurf

Gesetz über die Ausbildung zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten (ATA) und über die Ausbildung zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten (OTA)

- zustimmungspflichtig -

- Bundeseinheitlich geregelte Ausbildung der Anästhesie- und Operationstechnischen Assistentinnen und Assistenten
- Vernetzung von theoretischem und praktischem Unterricht mit der praktischen Ausbildung
- Einführung einer Ausbildungsvergütung

01.01.2022	Inkrafttreten
29.11.2019	2. Durchgang Bundesrat
07.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
21.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss
17.10.2019	1. Lesung Bundestag
20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
26.06.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf